

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865**

2.5.1865 (No. 103)

# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 2. Mai.

N. 103.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.  
Einrückungsgebühr: die gewöhnliche Zeitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

## Deutschland.

**Karlsruhe, 1. Mai.** Vorigen Samstag den 29. April d. J. ist Seine königliche Hoheit der Großherzog nach einem mehrtägigen Jagdausflug wieder zurückgekehrt.

Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz Wilhelm ist gestern Vormittag von seiner Reise nach Nizza dahier wieder eingetroffen.

Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin von Russland kamen heute Nachmittag 3 1/4 Uhr auf der Rückreise von Nizza mit einem Sonderzug hier durch. Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin, sowie Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz Wilhelm mit seiner hohen Gemahlin begrüßten die russischen Majestäten auf dem Bahnhofe. Die hohen Reisenden setzten nach einem Aufenthalt von fünfzehn Minuten ihre Reise nach Darmstadt fort.

**Stuttgart, 28. Apr.** In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer ergriff zuerst Präsident v. Weber, wie folgt, das Wort:

Meine Herren! Die Nachricht von der Ermordung des Präsidenten Lincoln hat sich bestätigt; ich glaube, die ganze Kammer wird mit mir einig sein in dem Urtheil über dieses Verbrechen, und ebenso glaube ich, daß alle mit mir einig sein werden im Beweisen ihrer Theilnahme an dem Verbrechen, und hierdurch die ganze zivilisierte Welt erschüttern; und zum Beweise dieser Theilnahme bitte ich Sie, sich von Ihren Sitzen zu erheben.

Die ganze Kammer erhebt sich.  
Der Abg. Dentler erinnert an den Bericht über das neue Branntweinsteuer-Gesetz, damit dasselbe in Bälde ins Leben treten könne. Oberhardt unterstützt den Wunsch nach baldiger Beratung dieses Gesetzes.

Der Abg. Hölder bringt einen abweisenden Bescheid des Kriegsministeriums zur Sprache, wodurch dasselbe voreerst den Jugendwehren weder Flinten aus dem Arsenal verabfolgen, noch fest Offiziere zu deren Instruktion kommandiren könne; er knüpft hieran den Antrag einer erneuerten Bitte in diesem Betreff an die königl. Staatsregierung. Dieser Antrag wird auf eine der nächsten Tagesordnungen gesetzt werden. Die Kammer setzte dann die Beratung des Berichts über die Fortverwaltung fort.

**Wiesbaden, 29. Apr. (Fr. 3.)** Die heutige öffentliche Sitzung der Ständeverammlung, in welcher über die Anforderung von zwei Steuerimpel pro 1865 verhandelt werden sollte, kam nicht zu Stande. In der vorhergegangenen Ausschusssitzung gaben die Mitglieder der Linken aus der Zweiten Kammer folgende Erklärung ab:

Nachdem durch die Weigerung von 11 Mitgliedern, an den Wahlprüfungen Theil zu nehmen, fernere Sitzungen der Zweiten Kammer voreerst unmöglich geworden sind und aus demselben Grund auch in der Ständerversammlung Landtags-Geschäfte nicht zur Erledigung gebracht werden können, halten wir es für ein Gebot der Gerechtigkeit, auf ferneren Diätenbezug auf so lange zu verzichten, bis das verehrliche Präsidium in der Lage sein wird, uns zur regelmäßigen Vorlage von Landtags-Arbeiten wieder einladen zu können. Indem wir das hiermit thun, erklären wir uns zugleich bereit, auf Einladung jeden Augenblick uns zur Theilnahme an ordentlichen Sitzungen einzufinden.

Der Abg. Raht brachte sodann den Antrag ein, die 11 Mitglieder der Rechten der Zweiten Kammer so lange von der Theilnahme an den Verhandlungen der Ständerversammlung auszuschließen, bis sie ihre Weigerung der Theilnahme an den Wahlprüfungen zurückgenommen haben, und den Geh. Regierungsrath v. Trapp als Vertreter des Grafen v. Schönborn so lange als nicht berechtigt zu erklären, an den Verhandlungen des Landtags Theil zu nehmen, bis er gehörige Vollmacht seines Mandanten beigebracht habe. Der Präsident der Ständerversammlung, Prinz Nikolaus, machte hierauf von dem ihm nach der Geschäftsordnung zustehenden Rechte Gebrauch, und kündigte an, daß die auf heute bestimmte öffentliche Sitzung nicht stattfinden. Vor dem Saale hatte sich eine große Menge Zuhörer versammelt, die getäuscht den Rückzug antraten.

**Dannover, 28. Apr. (Fr. 3.)** Auch die Erste Kammer genehmigte heute die wegen Fortdauer des Zollvereins geschlossenen Verträge. Widerspruch fand jedoch der Schlußsatz des Ausschusstrags, insoweit er das Verfahren der Regierung bei Abschluß der Verträge einer nicht durchweg günstigen Kritik unterwirft, das Präsidium als nicht entsprechend erklärt, die Verfassung des Zollvereins ihrer Schwerefähigkeit wegen tadeln, und an ein Zollparlament mahnen. Die beiden letzten Punkte desselben wurden nach lebhaften Erörterungen mit 22 gegen 21 Stimmen verworfen. — Die Zweite Kammer genehmigte die Verträge mit Oldenburg, Schaumburg-Lippe und Braunschweig über gemeinschaftliche Zoll- und Steuerverhältnisse, die wesentlich Besiehendes enthalten. Die Abschließung des Staber Zolls durch Oldenburg fand Billigung; in Folge derselben wird die Erhebung des Zolls am 1. Juli d. J. aufgehoben. Der frühere Beschluß wegen Revision der Gewerbeordnung ward gegen zwei Stimmen wiederholt.

**Kiel, 27. Apr. (Kiel. Ztg.)** Sicherem Vernehmen nach ist Rendsburg als Waffenplatz für den preussischen

Bedarf bestimmt. Es ist dabelst bereits ein Feuerwerkslaboratorium errichtet, sowie ein Feuerwerksleutnant, ein Zeugleutnant und das erforderliche Personal dorthin kommandirt worden.

**Flensburg, 28. Apr.** Wie die hiesige „Nordb. Ztg.“ hört, hat in diesen Tagen hier eine Zusammenkunft und Besprechung der Mitglieder der dänisch-gesinnten Minorität der schleswig'schen Ständerversammlung stattgefunden.

**Flensburg, 29. Apr.** Die „Nordb. Ztg.“ bringt eine Zirkularverfügung des Hrn. v. Bismarck vom 18. Apr. an die preussischen Konsularagenten, deren Hauptinhalt folgender ist: Da die Herzogthümer in der Wirtbesitz Preussens gelangt sind, so haben sie Anspruch auf Preussens Konsularbestand. Wo gleichzeitig österreichische Konsulate sind, bleibt den Bewohnern der Herzogthümer die Wahl. Wenden sie sich an die preussischen Konsulen, so haben Letztere sich ihrer wie der preussischen Angehörigen anzunehmen. Die Säfte der Herzogthümer haben aber auch Anspruch auf preussischen Konsulatsbestand, wenn sie unter österreichischer oder der provisorischen Herzogthümer-Flagge fahren.

**Berlin, 29. Apr.** Verhandlungen des Abgeordnetenhauses vom 28. April. Die Sitzung begann betänlich mit einer durch den Abgeordneten Löwe angeregten kurzen Debatte über eine aus Anlaß der Ermordung Lincoln's an den amerikanischen Gesandten in Berlin zu richtende Adresse. Der Finanzminister legte sodann die allgemeinen Rechnungen über den Staatshaushalt's-Etat vom Jahr 1862 nebst den Rechnungen über die Verwaltung der Rentdantur des Staatsschatzes, nebst einer begleitenden Denkschrift auf den Tisch des Hauses nieder. Eine zweite Vorlage des Finanzministers ist ein zwischen Preussen und Kurhessen unter'm 15. April d. J. abgeschlossener Staatsvertrag, betreffend die Finalabrechnung über die gegenseitigen Ansprüche Preussens und Kurhessens aus den früheren fuldatischen Besitzungen. Das Haus geht nunmehr zur Beratung des Berichts über den Belegentwurf, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienst, über.

Präsident Grabow: Wir haben jetzt an der wichtigsten Vorlage dieser Session, an demjenigen Gegenstande, welcher der Grund unseres ganzen Verfassungskonflikts ist. Ich wünsche von meinem Standpunkt aus, daß es endlich möglich werde, die Vorlage durch gegenseitiges Entgegenkommen zu erledigen und dadurch endlich auch den tiefen Schaden unseres Verfassungskonflikts zu beseitigen; ich wünsche, daß es möglich werde, daß wir uns, ohne die Verfassung zu tangieren, endlich verständigen. Nach dem vorliegenden Bericht finde ich leider keinen Anhaltspunkt dazu; möge darum in der vorliegenden Beratung die Staatsregierung und dann auch dieses Haus Veranlassung geben zu einer Verständigung.

Abg. Staehagen: Das Land, dieses Haus will sich verständigen, aber man findet kein Entgegenkommen seitens der Staatsregierung, die wohl von Verständigung spricht, aber nichts für eine Verständigung thut. Jene Worte der Regierung sind nur Redensarten, Phrasen. (Bravo!) Besser sagte sie: ich kann nicht, ich will nicht in einem einzigen Punkte von meinem Standpunkt abgehen. Durch solche Phrasen mag man schwache Köpfe vielleicht einen Augenblick verwirren, aber erreichen wird man dadurch nichts. Auf mein in der Kommission gestelltes Amendement komme ich nicht zurück, weil die Staatsregierung sich eben auf nichts einlassen will. Ich stimme also einfach gegen die Regierungsvorlage, weil dieselbe unannehmbar ist. Für den Kommissionsantrag kann ich nicht stimmen, weil derselbe nur negativ, und Negiren einer Frage gegenüber, die das Haus nunmehr bereits seit sechs Jahren beschäftigt, ein großes Fehlen ist. (Bravo!)

Abg. Westen ist für den Kommissionsantrag und theilt im Uebrigen ganz den Staehagen'schen Standpunkt.

Der Kriegsminister: Die Regierung wolle allerdings eine Verständigung. Es gebe Parteien, welche auf die Fortdauer des Konflikts spekuliren; extreme Parteien aber seien die Parteien der Regierung nicht. Die Regierung wolle die Wunden heilen, nicht sie offen halten. Die Machtstellung und die Aktion Preussens würden durch den Konflikt nicht gebildet; also müsse die Regierung auch wohl eine Verständigung suchen. Redner geht dann auf eine spezielle Kritik des Kommissionsberichts über, dem er Einseitigkeit und Mangel an Objektivität vorwirft. Man spreche von Konzessionen, die die Regierung machen solle. Die Regierung könne keine Konzessionen machen (Alas! und Achas links). Er bitte, daß man ihn ausreden lasse; er verhebe hier solche Konzessionen, welche die Regierung machen solle im einseitigen Parteinteresse. Was zu thun war, habe sie gethan, nämlich die Minima des Gesetzes von 1814 noch verringert. Die Regierung habe ihre Geneigtheit zur Verständigung nicht nur dadurch bewiesen, daß sie den Kommissionsentwurf beigenoht, sondern auch dadurch, daß sie die Militärvorlage überhaupt eingebracht, was im Wesentlichen überflüssig gewesen wäre. Man habe geschickt, daß die im Kriege gegen Dänemark zu Gunsten der Reorganisation gemachten Erfahrungen das Urtheil über die Reorganisation rettifiziren würden, sonst hätte die Regierung nur eine Budgetvorlage und kein Militärgesetz eingebracht. Man spreche vom Budgetrecht; er vermöge aber nicht abzusehen, wie dasselbe mit der Reorganisation in einem Zusammenhang stehe. Man tadle die Stärke der Armee; diese Stärke sei aber nöthig zur Sicherheit Preussens und Deutschlands. Preussen, habe man gesagt, bedürfe Deutschlands; ja, das sei allerdings richtig, aber nur eines solchen Deutschlands bedürfe es, welches ihm militärisch ebenbürtig.

Um Deutschland auf diese Stufe zu bringen, habe Preussen eine Reform der Bundes-Kriegsverfassung erstrebt, jedoch vergebens; es lasse daher das Mögliche auf dem Wege der Privatverträge zu erreichen, und obgleich es nur selten das gewünschte Entgegenkommen finde, so zögere es doch nie einen Augenblick, den übrigen Staaten alle seine Fortschritte auf dem militärischen Gebiete: Kanonen und Ländnadelgewehre, mitzutheilen. Das übrige Deutschland so wehrhaft wie möglich zu machen, betrachte Preussen eben unter allen Umständen als seine Aufgabe; die Steuerkraft des Landes sei keineswegs in so hohem Maße angestrengt, und wenn man behaupte, daß die Reorganisation den preussischen Staatskredit ruiniren werde, so bemerke er, daß ihm trotz des Konflikts und trotz der Reorganisation Geld genug angeboten worden sei, welches er jedoch als verfassungswidrig zurückgewiesen habe. (Bewegung.) Gegen eine Fiktion des Präsenzstandes der Armee im Frieden sei er im Prinzipie nicht, und komme es auf das Wie und das zulässige Maß an. Die Reorganisation sei nichts als die einfache Ausführung des Gesetzes von 1814; um eine Besetzung der Landwehr handle es sich nicht, sondern nur um die gebotene Reform des betreffenden Instituts. Redner gibt dann einen historischen Rückblick über die betreffenden Mängel, worauf, weil er ermüdet, die Sitzung auf eine Viertelstunde vertagt wird. Nach wiederöffneter Sitzung fährt der Kriegsminister in seinem Vortrage fort, indem er namentlich auf eine Denkschrift des verstorbenen Kriegsministers General v. Bonin aus dem Jahr 1859 zurückgeht, in welcher die Reorganisation gefordert wird; ebenso spricht sich der General v. Bonin in dieser Denkschrift gegen die zweijährige Dienstzeit aus, was im Hause Senfation hervorruft. Was die Regierung thun könne, thue sie, da zwanzig Prozent der dienenden Mannschaften nach zweijähriger Dienstzeit entlassen würden.

Der Berichterstatter Abg. Gneiss tritt der Behauptung des Vortragners, daß der erstattete Bericht Einseitigkeit und Unrichtigkeiten enthalte, entgegen.

Die Fortsetzung der Debatte wird bis morgen vertagt.

**Berlin, 30. Apr.** Verhandlungen des Abgeordnetenhauses vom 29. April. Fortsetzung der Militärdebatte.

Zunächst erhält der Abg. v. Ernshausen das Wort. Derselbe geht auf die Faucher'sche Rede aus der allgemeinen Debatte über das Budget ein, um die volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte derselben zu widerlegen, erörtert ferner die Frage der Präsenzzeit, deren Abkürzung im Interesse der Nachstellung des Staates nicht zulässig sei, greift dann die von dem Bericht gegebenen Ziffern der wehrpflichtigen Jugend an, und sucht schließlich die Argumente des Berichts in der Redefrage aus der Individualität Preussens zu widerlegen. In jetzigen Augenblick komme es darauf an, die Streitfrage zu schließen, um dem Ausland gegenüber gerüstet dazustehen.

Abg. Jacoby: Ich bestimmten vorwiegend politische Motive zur Verwerfung der Vorlage, weil sie der konstitutionellen Selbstbestimmung widerspreche, die Macht der Krone auf eine, die Freiheit gefährdende Weise erhöhe, und die Interessen des Volks auf Kosten der bürgerlichen Interessen fördere. Dem Einwande des Kriegsministers gegenüber, daß es in Betreff der Gefahr für die Freiheit nicht auf die Zahl ankomme, bemerkt Redner, daß dies nur beweise, daß auch die frühere Reorganisation mit der konstitutionellen Freiheit unvereinbar sei, daß es einer andern Reform bedürfe. Die Gleichheit erfordere entweder gleiche Heranziehung aller Föhigen oder volle Entschädigung der Dienstleistenden. Weber das Eine noch das Andere sei durchgeführt. Da die Finanzkraft nicht ausreiche, die Eingezogenen zu entschädigen, so gebe es nur ein Mittel, die Herstellung eines vollständigen Heeres, das durch Abkürzung der Dienstzeit die allgemeine Wehrpflicht zur Wahrheit mache. Nur in diesem Sinne könne die Frage zum Abschluß kommen, nicht durch Kompromisse. Die Landwehr-Ordnung besitze zu Recht, die Reorganisation, aller gesetzlichen Grundlagen baar, bilde das krönende und schließende Dach der Reaktionsbestrebungen der fünfziger Jahre. Wenn das Volk zwischen beiden einmal die Wahl habe, so sei die Entscheidung nicht zweifelhaft.

Abg. Wagener will die Aeußerungen Jacoby's als Vertagung der Partei betrachten, wenn die Mitglieder der Partei sie nicht offen desavouiren, sucht aber zugleich aus der Abstimmung über das Fregler'sche Amendement nachzuweisen, daß die Fortschrittspartei nicht auf dem Jacoby'schen Boden stehe. Redner geht hierauf auf die Rechtsfrage über, ohne zur Begründung seines Standpunktes wesentlich neue Gesichtspunkte zu bringen. Die Kontingentierung der Friedensarmee weise er nicht prinzipiell zurück, könne auf eine solche aber nur eingehen, wenn sie von der Regierung vorgeschlagen werde; daher könne er für das Bonin'sche Amendement nicht stimmen, namentlich nicht für den § 19 desselben. — Abg. Jung wendet sich zunächst mit einigen Aeußerungen gegen v. Ernshausen und Wagener, endlich gegen den Kriegsminister. Redner verteidigt die Landwehr gegen die Angriffe des Letztern und übt eine scharfe Detailkritik gegen die einzelnen Argumente, die der Minister gestern in seiner Rede für die Reorganisation vorgebracht. Schließlich beleuchtet er die Frage wegen des Avancements der Unteroffiziere und des aristokratischen Geistes des Offizierskorps.

Der Regierungskommissär nahm zu einigen thatsächlichen Erwiederungen Veranlassung.

Abg. v. Bonin meldet, weshalb er „ungeachtet der gestrigen Rede des Kriegsministers“ einen Verständigungsvorschlag, den sein Amendement enthalte, nicht unterlasse. Redner wendet sich dann gegen die Bemerkungen des Kriegsministers über die Landwehr, um dann auf die Anführungen über den General v. Bonin überzugehen, die, nachdem die Frage 5 Jahre schwebt, jetzt erst nach seinem Tode kommen. Er habe sich aus dem Citaten nicht überzeugen können, daß der Kriegsminister v. Bonin sich in Betreff der Reorganisation als

Erben des Generals v. Bonin betrachten könne; die Thatfache, daß v. Bonin die Reorganisation nicht ausgeführt, sondern davon zurückgetreten, spreche dagegen. Der Kommissionsbericht zeichne die Lage zwischen Regierung und Haus richtig. Eine verfassungsmäßige Lösung des Konfliktes sei nur möglich durch Auflösung des Hauses oder Rücktritt des Ministeriums. Eine Verhängung würde ihren Ausdruck in dem Zustandekommen eines Budgets finden, worauf nach den Aeußerungen der Regierung nicht zu rechnen. Bei seinem Amendement sehe er von dem Konflikt ab und fasse nur die Vorlage in's Auge. Die Initiative zu ergreifen, sei allerdings unmöglich, aber Amendiren sei keine Initiative. Das Haus müsse durch Amendirung klar darlegen, daß es bereit sei, den bestehenden ungesetzmäßigen Zustand zu beseitigen und zur Beseitigung die nach den Kräften des Landes zulässigen Mittel zu bewilligen. Die Aufgabe Preußens ist, im Frieden ein möglichst kleines und wohlfeiles, um aus diesem im Krieg ein möglichst großes Heer zu gewinnen. Das sei der Sinn der allgemeinen Wehrpflicht und der Landwehr. Die verfassungsmäßige Lösung der Militärfrage sei auf einen Schlag nicht möglich. Bis zu dieser Lösung könne der ungesetzmäßige Zustand nicht dauern. Das nächste Gesetz sei ein Uebergangsgesetz, und dieses dürfe nicht verjagt werden, zumal es auch an einem Gesetz für die Wehrpflicht in der Marine fehle. Er empfehle deshalb seinen Abänderungsvorschlag.

**Kriegsminister:** Er könne sich über diesen Entwurf heute noch nicht äußern, da er im Drang der Geschäfte nicht Zeit gefunden, denselben genauer zu studiren. Was Redner in Betreff v. Bonin's bemerkt, so könne er ihn eines Andern nicht überzeugen. Es sei ihm selbst peinlich gewesen, zu diesen Bemerkungen über seinen Amtsvorgänger nach seinem Tode provocirt zu sein. Ebenso habe er auch kein Bedauern über die an ihn herangetretene Nothigung, sich über die Landwehr auszusprechen, gestern schon ausgesprochen. (Schluß folgt.)

**Berlin, 29. Apr.** Die von dem Abg. Löwe veranlaßte, beim Beginn der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses motivirte Adresse lautet:

An Hrn. Judd, Gesandten der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Berlin. Herr Gesandter! Wir unterzeichnete Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses bitten Sie, Hr. Gesandter, den Ausdruck schmerzlicher Theilnahme an dem schweren Verlust entgegenzunehmen, den Staat wie Volk der Vereinigten Staaten durch den Tod des Präsidenten Lincoln erlitten haben, aber auch zugleich den Ausdruck des tiefsten Abscheus vor dem entsetzlichen Verbrechen, dem er zum Opfer gefallen ist. Wir sind um so tiefer erschüttert von diesem Unglück, als es in dem Augenblick eingetreten ist, wo wir uns der Freude über den Triumph der Vereinigten Staaten hingaben, und als der gleichzeitige Nordanfall auf den treuen Genossen des Präsidenten Lincoln, auf Hrn. Seward, der ihn mit Staatsklugheit und Entschlossenheit bei der Erfüllung der schwierigen Aufgabe unterstützte hat, den entsetzlichen Zweck des Verbrechens verrieth, durch den Tod dieser Männer das Volk der Vereinigten Staaten zum Früchte seines langen Kampfes und seiner opfermüthigen Hingebung gerade in dem Augenblick zu veranlassen, in welchem der Triumph des Rechts und des Gesetzes den lange entbehrten Frieden zurückzuführen verspricht. — Herr Gesandter! Sie sind unter uns lebend Zeuge gewesen der herzlichen Theilnahme, welche das deutsche Volk dem Volk der Vereinigten Staaten während des langen und schweren Kampfes immer bewahrt hat. Sie wissen auch, daß es mit Freude und Stolz auf die Tausende seiner Söhne geblickt hat, welche in diesem Kampfe so entschlossen auf die Seite des Rechts und des Gesetzes sich gestellt haben. Sie haben auch gesehen, mit welcher Freude hier die Siege der Union begrüßt sind, und wie zuversichtlich hier immer der Glaube an den endlichen Sieg der guten Sache und die Wiederherstellung der Union in aller Größe auch mitten im Unglück gewesen ist. Dies große Werk der Wiederherstellung der Union wird, so hoffen wir zuversichtlich, durch diese entsetzliche Verbrechen nicht gehindert werden. — Das Blut des großen und weisen Führers in diesem Kampfe wird die Union, für die er gestorben ist, nur noch mehr befestigen. Dafür bürgt uns die unverbrüchliche Achtung vor dem Gesetze und die Liebe zur Freiheit, welche das Volk der Vereinigten Staaten selbst mitten in den gewaltigen Kämpfen des großen Krieges immer gezeigt hat. Wir bitten Sie noch, Hr. Gesandter, unsern Gefühl schmerzlicher Theilnahme und unsern Sympathien für das Volk und die Regierung der Vereinigten Staaten bei derselben den geeigneten Ausdruck geben und zugleich den Ausdruck unserer ausgezeichneten Hochachtung für Sie, Hr. Gesandter, genehmigen zu wollen. — Berlin, den 28. April 1865. Die Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses. (Folgen die Unterschriften, an deren Spitze die Namen der Präsidenten Grant, v. Arnim und v. Bismarck-Dolffs.)

Ueber den Mobus der zu berufenden schleswig-holsteinischen Landesvertretung steht bekanntlich noch nichts fest. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ sprach zuerst vom dem Wahlgesetz von 1848 oder einer andern mit Oesterreich zu vereinbarenden „breitesten Grundlage“. Gestern hat das ministerielle Blatt dies dahin interpretirt, daß damit eine Interessenvertretung gemeint sei, welche sowohl die Wünsche des großen und kleinen Grundbesitzes, wie der Industriellen u. zum Ausdruck bringen soll. Es sagt schließlich:

Wir meinen, daß es auf Grund der Gemeinbewahnen möglich sein wird, Delegirte zu wählen, welche die verschiedenen Interessen aller Schichten der Bevölkerung repräsentiren und die sich dann, je nach diesen verschiedenen Interessen in Gruppen gefondert, über die Wahl derjenigen Männer einigen, welche die Aufgabe auf sich nehmen werden, im Namen des Landes zu sprechen.

Heute erklärt sich das genannte Blatt angenehm überrascht durch die Nachricht, daß Oesterreich den Vorschlägen Preußens in dieser Angelegenheit nicht nur zustimmen, sondern auch die Erweiterung der Kompetenz der schleswig-holsteinischen Stände und zwar in erster Linie in staatsrechtlicher Beziehung verlangen soll.

An die Einführung dieses Grundgesetzes in den internationalen Verkehr Europa's — sagt die „Nordd. Allg. Ztg.“ — knüpfen sich allerdings Konsequenzen von großer Tragweite, und wenn Oesterreich die Initiative dazu ergreift, so haben wir natürlich Nichts dagegen einzuwenden. Aber es konnte preussischer Seits diese Initiative nicht angebahnt werden, ohne daß wir uns, wenn auch nur mit einem Schein des Rechts, dem Vorwurf aussetzen, in unserm bundesrechtlichen Verhalten gegen Oesterreich einen Mangel an Rücksicht an den Tag gelegt zu haben.

**Bromberg, 27. Apr. (N. Pr. Ztg.)** Hier soll der Sitz eines polnischen Revolutionskomitee's entdeckt worden sein. Gestern und vorgestern sind unter Leitung des

Regierungsraths Raffel aus Posen und eines höhern Polizeibeamten aus Berlin mehrfache Hausdurchsuchungen theils bei Posen, theils bei deutschen Polenfreunden vorgenommen worden, denen einige Verhaftungen folgten.

**Wien, 29. Apr.** Die „Wien. Abndpft.“ vernimmt: Die österreichische Regierung hat nach der Ermordung Lincoln's dem hiesigen amerikanischen Gesandten und durch die österreichische Gesandtschaft in Washington ihre tiefe Theilnahme an dem unglücklichen Ereigniß ausgesprochen und die Hoffnung, daß diese verabscheuenswerthe That weder auf die Herstellung des innern Friedens der Vereinigten Staaten, noch auf die freundlichen Beziehungen zu den Mächten des Auslandes nachtheiligen Einfluß ausüben werde.

**Wien, 29. Apr., Nachmittags.** Das Unterhaus beendete die Beratung des Budgets des Staatsministeriums, das im Wesentlichen nach den Ausschußanträgen angenommen wurde. Für den allgemeinen Dispositionsfonds wurden dem Ausschußantrag gemäß 200,000 fl. bewilligt. Ichabuschknig hatte gegen jede Bewilligung für den Dispositionsfonds gesprochen, Berger und Hrrst für den Ausschußantrag. Szaibel hatte die Bewilligung von 400,000 fl. beantragt, welchem Antrag Hr. v. Schmerling beigetreten war. Vor dem Schluß der Sitzung legte die Regierung den Berliner Zollvertrag zur verfassungsmäßigen Behandlung vor.

### Frankreich.

**Paris, 29. Apr.** Der Kaiser ist heute Morgen um 8 1/2 Uhr nach Algier abgereist. Die Kaiserin begleitete ihn bis nach Fontainebleau. — Etwa 200 Studenten beabsichtigten, gestern sich zum amerikanischen Gesandten, Hrn. Bigelow, zu begeben, um ihm das Beileid der französischen Jugend für das den Vereinigten Staaten betroffene Unglück auszudrücken. Auf dem Platz St. Michel angelangt, stießen die Studenten auf eine Abtheilung Stadterzanten, die sie auseinander trieben und sogar einige Verhaftungen vornahm, und nur etlichen 20 gelang es auf Umwegen nach der Straße zu kommen, wo der Vertreter der Union wohnt. Die legitime Deputation wurde von Hrn. Bigelow in einem Salon empfangen, dessen Hauptzierde eine (verschleierte) Büste Lincoln's ist. Die Studenten verlasen ihre Adresse und verbehten dem Gesandten auch die Ursache ihrer geringen Anzahl nicht. Hr. v. Bigelow dankte aufs wärmste. — Dem heutigen Gottesdienst in der amerikanischen Kirche wohnten Jules Favre, Simon, Pelletan, Picard, Garnier Pages u. A. bei. Prinz Napoleon hatte sich durch seinen Adjutanten, General Franconiére, vertreten lassen. Gestern Nachmittag hatten sich die Mitglieder der Opposition zum amerikanischen Gesandten begeben, um ihm ihre Sympathien auszudrücken.

Prinz Napoleon traf gestern Mittag in Paris ein und hatte Abends eine längere Unterredung mit dem Kaiser. — Der Behauptung der „Patrie“ entgegen hat der „France“ zufolge der Kaiser vor seiner Abreise der Kaiserin die Vollmachten einer Regentin verliehen.

In Paris haben nun die Schlosser, Schneider, Wagner, Hutmacher und Färber größtentheils die Arbeit eingestellt. Das volkwirtschaftliche Blatt „l'Industrie“ konnte heute nicht erscheinen, weil auch die Setzer der Druckerei Chair die Arbeit verweigerten.

Die Börse schließt sehr flau, besonders Rente, die von 67.40 auf 67.15, und ital. Anleihe, die auf 65.45 fiel. Cred. Mob. bleibt 73.

\* **Paris, 30. Apr.** Der „Moniteur“ zeigt an, daß Saint-Beuve zum Senator ernannt worden ist. — Aus Lyon meldet der „Moniteur“ Folgendes:

Der Kaiser ist um 6 Uhr Abends angekommen, und wurde von Marschall Canrobert und dem Rhonopräsidenten an der Eisenbahn empfangen. Sr. Majestät begab sich nach dem Stadthaus, und wurde auf dem Weg dahin von dem begeisterten Jura begrüßt. Alle Häuser waren besetzt, und die faiserl. Equipage, die ohne escorte und im Schritt fuhr, konnte kaum durch die von allen Seiten herbeiströmende Menge durchkommen. Auf der Präfektur soll ein großes Diner stattgefunden. Der Kaiser befindet sich vollkommen wohl. Lyon, 9 Uhr Abends. Der Kaiser ist so eben auf dem Ballon des Stadthauses getreten, um den 10. bis 15,000 Personen, die auf dem Terraur-Platz sich befinden, zu danken und ihren Gruß zu erwidern. Sr. Majestät begibt sich nach dem großen Theater, um einem zum Besten der unbefähigten Arbeiter veranstalteten Konzert beizuwohnen.

Die russ. Kaiserfamilie ist, wie der Telegraph meldet, gestern Abend 9 Uhr, während der zu Ehren der Ankunft Napoleon's III. veranstalteten Festlichkeiten, durch Lyon gekommen. Beide Souveräne haben sich jedoch nicht gesehen.

Der Kaiser hat auf Antrag des Kriegsministers dem Marschall Bazaine die Kriegsmedaille verliehen.

### Belgien.

**Brüssel, 28. Apr. (Köln. Ztg.)** Während man gestern noch in parlamentarischen Kreisen keineswegs beruhigt schien, hat das Befinden des Königs Leopold über Nacht eine so überaus günstige Wendung genommen, daß die beiden Leibärzte, Dr. Köppl und Wimmer, die Veröffentlichung eines Bulletin's für unnöthig erachtet haben. — Das Abgeordnetenhause hat heute auf den Antrag des Hrn. Vleming beschlossen, das Kriegsbudget, dessen hartnäckige Gesamtziffer immer noch 35 Mill. beträgt, nicht eher in Beratung zu nehmen, als bis der Kriegsminister den versprochenen Bericht über die Armeereorganisation und die Möglichkeit der Abminderung in den Militärausgaben vorgelegt habe.

### Rußland und Polen.

**St. Petersburg, 29. Apr.** Heute ist das Preßgesetz veröffentlicht worden. Eine Note im „Journal de St. Petersburg“ drückt die Sympathien für Lincoln aus; sein Nachfolger werde durch Mäßigung des Verstorbenen würdig sein.

### Amerika.

\* Die Ankunft amerikanischer Blätter vom 15. d., welche längere Berichte über die Wuttthat in Washington enthalten, macht es möglich, die bisher bekannt gewordenen That-

sachen zu vervollständigen. Es war 1/4 nach 8 Uhr am Abend des 14. April, als der Präsident Lincoln mit seiner Gemahlin zum Ford'schen Theater fuhr, in welchem die (englische) Komödie „Our American Cousin“ gegeben wurde. Der Sprecher des Repräsentantenhauses, Hr. Colfax, war zur Zeit im Weissen Hause, und der Präsident bemerkte ihm gegenüber, er ginge nur, weil die Zeitungen schon mitgetheilt hätten, daß er und General Grant der Vorstellung beiwohnen würden; und obwohl Grant inzwischen nach New-Jersey abgereist, wünschte er die Erwartung des Publikums doch nicht ganz zu täuschen. Er ging mit offenbarem Widerstreben und lud Colfax dringend ein, ihn zu begleiten. Doch hatte letzterer anderweitige Abhaltung, und sie trennten sich mit „Gute Nacht“. Als der Präsident das Schauspielhaus erreichte und mit seiner Gemahlin mit einer befreundeten Dame, Fräul. Harris, und deren Stiefbruder Major Rathburn, seine Privatloge betrat, war das Haus bereits dicht gefüllt.

Während einer dem Eintritt eines der Schauspieler vorangehenden Pause im dritten Akt fiel ein Pistolenschuß, der aber im ersten Moment wenig beachtet ward, da das Publikum der Meinung war, er gehöre zu dem Stück. Ein Aufschrei der Frau Lincoln erst lenkte die Aufmerksamkeit auf die Loge des Präsidenten und brachte das Publikum zu dem schrecklichen Bewußtsein, was der Knall zu bedeuten gehabt. Im gleichen Moment erschien an der Vorderseite der Loge, welche im zweiten Range war, ein Mensch, der, einen langen Dolch in der Rechten schwingend, den Ausruf that: Sie semper tyrannus! und mit einem Satz auf die Bühne herabsprang. Ein Herr folgte ihm aus einem Orchesterstuhle, um ihn zu fassen; es gelang jedoch dem Mörder, welcher offenbar mit der Verthilgung vertraut war, durch eine Thüre im Hintergrund zu entweichen. Der Schrecken, die Aufregung im Theater waren fürchterlich; von einer Weiterführung des Stückes konnte natürlich keine Rede sein. Die Menge stürzte nach des Präsidenten Loge hin, wurde aber von dem Rufe abgehalten: „Zurück, zurück! Laßt ihm Luft! Hat Jemand Reizmittel?“ Eine in Hast angestellte Untersuchung ergab, daß der Präsident einen Schuß in den Kopf erhalten hatte, und zwar am Schläfenbein, und daß Gehirnmasse hervorgebracht war. Der Bewußtlose ward in ein dem Theater gegenüber liegendes Privathaus gebracht, wohin der Generalchirurg der Armee und andere Aerzte berufen wurden. Bei angestellter Nachforschung fand man in der Loge auf dem Teppich ein einfaßiges Taschenpistol und einen Hut. Die Kunde des schrecklichen Ereignisses verbreitete sich in der Stadt mit Winderstürme. Eine unzählige Volksmenge sammelte sich vor dem Hause, in welchem der verwundete Präsident lag. Es war angezeigt worden, daß die Wunde eine tödliche war, dennoch hielten Alle noch die Nacht hindurch an selbstthätiger Hoffnung fest. Um Mitternacht hatten sich eines nach dem andern die Mitglieder des Kabinet's eingefunden, und neben ihnen umstanden Farnsworth, Colfax und einige persönliche Freunde das Lager des Sterbenden. Die Minister in Tränen gebadet, Hr. Stanton neben dem Bette kniend und wie ein Kind weinend, Hr. Charles Sumner in tiefer Bewegung, die rechte Hand Lincoln's haltend. Die Aerzte boten ihre ganze Kunst auf, doch vergeblich. Die Blutung des Hinterkopfes war nicht zu stillen; der Präsident lag da, völlig ohne Besinnung und langsam athmend. Hoffnung war unmöglich. Der Abschied der Familie von dem hingemordeten Gatten und Vater läßt sich nicht beschreiben. Morgens kurz vor halb acht Uhr hörte das edelste Herz der Republik zu schlagen auf.

Die Straßen der Stadt boten einen milden Anblick dar; der Schrecken war kurz nach der Erschießung des Präsidenten noch erhöht worden durch die Nachricht, daß auch Hr. Seward von Mörderhand angefallen worden war. Dieser Schmerz und heftigste Entrüstung gaben sich in den Ausrufen der Volksmassen kund. Die Polizei hatte indeß berittene Patrouillen nach allen Richtungen ausgesandt, um auf den Mörder zu fahnden. Alle aus Washington führenden Straßen wurden mit Posten besetzt, jeder mögliche Fluchtweg sorgfältig bewacht, Dampfer, welche den Potomac hinabfahren wollten, angehalten. Von dem Mörder weiß man, daß er durch eine Seitenthüre des Theaters in eine Gasse, von hier auf die Hauptstraße eilte, dort ein, wie es schien, von einem Helfershelfer bereit gehaltenes Pferd bestieg und forsprengte. Weiterhin ist seine Spur einweilen verloren. Die von der Polizei eingeleitete Untersuchung hat jedoch dargethan, daß der Thäter der Schauspieler John Wilkes Booth gewesen ist. Der in der Loge gefundene Hut war als der seinige identifizirt, ebenso wurde ein Sporn, den er auf der Bühne hatte fallen lassen, von dem Eigenthümer eines Miethstalles, bei welchem Booth ein Pferd geliehen hatte, wieder erkannt. Booth ist mehrfach in Ford's Theater aufgetreten und kannte daher die Verthilgung wohl. Wie er von der Loge des Präsidenten herabspringend auf der Bühne erblickt wurde, erschien er als ein Mann von 30 Jahren, von zartem Körperbau und mittlerer Größe. Hinreichend viele Augenzeugen haben in ihm den Schauspieler Booth erkannt.

\* **Neu-York, 19. Apr. (Ber. „China“.)** Die Ermordung des Präsidenten, der Vorversuch gegen Hrn. Seward und seine Folgen, und die Spannung, mit welcher die Verhaftung der Verbrecher erwartet wird, beschäftigen die Gemüther fast ausschließlich. Von Geschäft und Verkehr ist fast keine Rede. Häuser, Kaufläden, Magazine sind mit Trauerflöhen umhangen. Der Mayor von Neu-York hat den heutigen als den Begräbnistag Lincoln's und den morgenden Tag, auf welchen ehemals ein Dankfest für die Siege der Union angelegt war, zu Tagen der Nationaltrauer, der Buße und des Gebetes erklärt. Des Präsidenten Leiche soll in Illinois zur Erde bestattet werden. Die Trauerfeierlichkeiten in Washington geben heute vor sich, und von der Hauptstadt ab wird der Transport in Philadelphia, Neu-York und allen bedeutenderen Städten des Weges anhalten, damit die Leiche daselbst ausgestellt werde. Hr. Seward und sein Sohn Friedrich (dessen Tod vorzeitig gemeldet worden war) befinden sich besser; man glaubt, daß Beide genesen werden. Als einseitiger Staatssekretär fungirt Hr. William

Hunter, seit langen Jahren Bureauvorsteher im Staatsministerium. In einer Ansprache an eine Deputation aus Illinois erklärte Präsident Johnson, daß er Verrath stets für das größte aller Verbrechen angesehen habe, und daß die Strafe auch dem entsprechend zugemessen werden müsse. — Es sind zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden, in Washington zumal unter dem Personal des Ford'schen Theaters, ferner in Baltimore und in Monroe. Einer der Gefangenen hat sich als Mitglied eines Komplottes angegeben, dessen Zweck nicht die Ermordung, sondern die Aufhebung des Präsidenten gewesen sei, um ihn als Geißel nach dem Süden zu schaffen. In Richmond sollen der Ermayor Mays, Richter Campbell, und alle auf Parole dafelbst verweilenden südstaatlichen Offiziere in Haft gebracht worden sein, um während der gerichtlichen Untersuchung, die wegen des Mordes angeordnet worden, in Gewahrsam gehalten zu werden. Wie angegeben wird, hat es sich herausgestellt, daß die Charfreitags-Verfchwörung nicht nur gegen Lincoln und Seward, sondern auch gegen den Vizepräsidenten, den General Grant und alle Mitglieder des Kabinetts gerichtet war. Der Mensch, welcher den Mordversuch gegen Seward ausgeführt hat, ist eingekerkert worden. Als sein Name wird Surrat angegeben. Er soll in seinem eigenen Hause in Washington gerade in Verkleidung und mit Koth bespritzt heimkehrend verhaftet worden sein. Mit Major Seward und den Dienern konfrontirt, wurde er sofort als der Verbrecher identifizirt.

Den Behörden von Rochester und Ogdensburg ist von General Peck die Anzeige zugegangen, daß Banden Südstaatlicher von kanadischem Gebiet aus einen Raubzug gegen diese Städte im Schilde führten.

Von den wenigen Kriegsschauplätzen, welche noch übrig geblieben sind, treffen günstige Nachrichten ein. Das lange belagerte Mobile ist in der Gewalt der Unionstruppen. In der Nacht des 8. eroberte Canby das sog. spanische Fort mit 30 Geschützen und die Befestigungen von Blatelay, gegenüber der Stadt, mit 20 Kanonen und 2400 Gefangenen. Bald darauf zogen die Südstaatlichen sich aus Mobile zurück und am 12. marschirten die Bundesstruppen ein. In Nord-Carolina hat General Stoneman ein südstaatl. Korps, 3000 Mann stark, unter Garbiner und Pemberton geschlagen und gesprengt; er machte 1364 Gefangene, eroberte 14 Geschütze, und besetzte darauf am 13. die Stadt Salisbury. — General Johnson hat sich einer Schlacht ausweichend, aus Raleigh zurückgezogen; Sherman hat den Platz, die Hauptstadt Nord-Carolina's, besetzt. Ob die Angabe, daß Johnston Verhandlungen mit Sherman angeknüpft habe, um eine Kapitulation unter gleichen Bedingungen wie Lee zu erwirken, gegründet ist, läßt sich noch nicht entscheiden. Große Wahrscheinlichkeit hat sie für sich.

**Neu-York, 19. Apr.** Das diplomatische Korps hat der Frau Lincoln seine Beileidsbezeugung zugehen lassen. Die englische und die französische Kolonie von Neu-York haben in einem Meeting ihrer Theilnahme Ausdruck verliehen. General Deat hat an Weigel's Stelle den Oberbefehl in Richmond übernommen. Grant ist am Samstag in Washington angekommen. In Folge einer Konferenz, die er mit Johnson und den Ministern hatte, wurde die Verhaftung des Richters Campbell und des früheren Bürgermeisters von Richmond angeordnet. Lee ist in Richmond angekommen. Unionisten wie Secessionisten haben ihn einen begeisterten Empfang bereitet. Es geht das Gerücht, die Kavallerie Kilpatrick's habe sich des Gouverneurs von Nord-Carolina bemächtigt, der sich im Besitz eines Anerbietens des Generals Johnston, diesen Staat an Sherman zu übergeben, befand. Man fügte bei, daß Johnston in Folge eines Besuchs und des Anrathens von Jefferson Davis dieses Anerbietens wieder zurückgezogen habe. Jefferson ist zu Macon in Georgien eingetroffen.

Man glaubt, daß Johnson dem General Butler wieder ein Kommando übertragen werde. Eine große Anzahl Südstaatlicher soll beabsichtigen, sich nach Verito zu begeben. Es geht das Gerücht, daß mehrere unter ihnen über den Rio Grande gegangen seien und 4000 Ballen auf mexikanischem Boden lagernder Baumwolle dort verbrannt hätten.

Im ganzen Norden finden große Volksdemonstrationen zu Ehren Lincoln's statt. Ueberall ertönt der Ruf des Volkes: „Rache an dem Süden!“

**Neu-York, 14. Apr.** Man erfährt Näheres über die Kapitulation Lee's. Die Armee dieses Generals war bei der Uebergabe noch 25,000 Mann stark, während Grant und seine Generale ihm mit 137,000 Mann gegenüberstanden. Viele Soldaten Lee's sollen, als die Kapitulation bekannt wurde, und ehe sie noch den Eid geleistet, das Lager verlassen und sich zu Johnston begeben haben. 82 höhere Offiziere haben kapitulirt, worunter die Generale Ewell, Anderson und Longstreet, sowie 17 Generalmajore. Lee blieb bis zum 12. bei seinen Truppen und begab sich dann zu seiner Gattin nach Richmond. Am 10. April setzte sich die Unionskavallerie mit einer Abtheilung Kavallerie von Appomatox Court-House gegen Süden in Marsch, um Johnstone von der Rückseite anzugreifen. Ein Theil der Bundesarmee blieb zurück zur Bewachung der großen Beute. Die übrigen Truppen haben sich nach City-Point in Bewegung gesetzt. Am 11. April ergab sich Lynchburg einer Abtheilung der Vorhut der Unionisten. Es war von südstaatlicher Seite gar kein Versuch gemacht worden, diesen Platz zu verteidigen. — Am 7. April haben einige Guerillasbanden vier mit Proviant beladene Transportschiffe des Nordens auf dem Neusefluß, unweit Neu-Bern, angehalten und verbrannt.

#### Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 1. Mai. 28. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.  
Unter dem Vorsitz des durchlauchtigsten Präsidenten, Sr. Großh. Hoheit des Prinzen Wilhelm von Baden; später unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Grafen v. Hennin.  
Vom hohen Präsidium wird eine Mittheilung des Präsidenten der Zweiten Kammer, wozu dieselbe den Zoll- und Handelsverträge ihre verfassungsmäßige Zustimmung einstimmt erteilt hat, so-

dann ein Einladungsschreiben des hiesigen Gästevereins zum Besuche der von ihm veranstalteten Konzerte zur Kenntniß des Hauses gebracht.

Das Sekretariat zeigt Petitionen an:

1) Des Fidei Comitatus von Birkendorf, Ausstellung einer Heimathsurkunde für Benedikt Beringer von Blumberg betreffend.

2) Petitionen der Gemeinden Markdorf, Salem, Neutraach, Weildorf, Heilingerberg, die Erbauung einer Eisenbahn zur Verbindung der Radolfzell-Stodacher Bahn mit Friedrichshafen betreffend.

3) Eine größere Anzahl Petitionen (181), das Schulaufsichts-Gesetz betreffend.

In gleichem Betreff werden von Frhrn. v. Stöpingen 17 weitere Petitionen übergeben.

Graf v. Hennin und Bertheau zeigen druckfertige Kommissionsberichte an über die Gesetzentwürfe, die Gerichtsbarkeit und das Verfahren in Untersuchungsachen wegen Desertion und Defraktion und die Gerichtsbarkeit in Privatrechtssachen der Militärpersonen betreffend.

Geb. Rath Blunski erstattet hierauf Bericht über die Vorlagen der Regierung, die Zoll- und Handelsverträge betreffend; denselben wird vom hohen Hause bei der namentlichen Abstimmung mit allen andern gegen eine Stimme (Frhr. v. Stöpingen) die Zustimmung erteilt; die Verhandlungen hierüber werden wir nachtragen.

Schließlich wird auf Antrag des Prälaten Holzmann die Petitionskommission für die Prüfung der Petitionen über das Aufsichtsgesetz über die Schulen um 2 Mitglieder verstärkt; als solche wurden gewählt Frhr. v. Stöpingen mit 13, Artaria mit 12 Stimmen.

† Karlsruhe, 1. Mai. 77. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Mittwoch den 3. Mai, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Beratung des Berichtes des Abg. Kirsner über die Vorlage der großh. Regierung, die unter dem 21. Apr. 1865 mit der königl. württembergischen und der königl. preussischen Regierung abgeschlossenen Staatsverträge vom 18. Febr., bezw. 3. März 1865, über verschiedene Eisenbahn-Anschlüsse im Schwarzwald und Seckreis betr.

#### Vermischte Nachrichten.

— Posen, 27. Apr. Die „Prom. Patriot. Ztg.“ schreibt: Gestern aus Paris hier eingetroffene Briefe melden, daß zwischen dem bekannten Revolutionschef Gutzky und seinem bisherigen Genossen Kurzya, dem ehemaligen Agenten und Steuererheber Mierostawski's, ein Duell stattgefunden hat, in welchem ersterer tödtlich verwundet wurde.

† Paris, 29. Apr. Gestern Abend hat die erste Aufführung von Meyerbeer's „Africainer“ stattgefunden. Die Vorstellung dauerte bis halb 2 Uhr Nachts. Das Publikum hörte die Musik, deren erster Akt vielfach an Robert erinnert, mit andächtiger Stille an bis zum 4. Akt, wo ein Duett zwischen dem Tenor Raubin (Basco de Sama) und der Sclavin Selka (Jrlin. Sar) die Begeisterung des Auditoriums weckte, welche die außerordentliche Länge der Recitative bis dahin paralysirt hatte. Der Enthusiasmus steigerte sich bei einem „chant de violons“ von gewaltigem Effekt. Man bemerkte noch eine vorzügliche Tenorarie, einen originalen Marsch der Wilden, und die schöne Balletmusik; Dekorationen und Kostüme sind prächtig, aber das fassbare Schicksal des Schiffbruchs. Im Ganzen war der Erfolg — ein mittelmäßiger; bedeutende Kürzungen sind unerlässlich. Der Kaiser wohnte der Vorstellung bei.

— Brüssel, 29. Apr. Am künftigen Montag wird in Antwerpen das Denkmal enthüllt, welches die Dankbarkeit der Handelsstadt dem General Carnot errichtet, durch dessen edelmüthige Energie im Jahr 1814 ein großer Theil Antwerpens der von Napoleon aus strategischen Gründen verhängten Zerstörung entging.

— Es stellt sich mehr und mehr heraus, daß Andrew Johnson, der durch Lincoln's Tod auf den Präsidentenstuhl der Verein. Staaten erhoben wurde, ein Staatsmann von bedeutender Vergangenheit ist, der sich namentlich um den Staat Tennessee namhafte Verdienste erworben hat. Eine amerikanische Encyclopädie von älterem Datum gibt folgende, bis zum Jahr 1857 reichende Lebenszüge von ihm: „A. Johnson ist in Raleigh, in Nord-Carolina, am 29. Dez. 1808 geboren. Mit 4 Jahren verlor er seinen Vater, der einen Freund vom Getreide reiten wollte und dabei um's Leben kam. Mit 10 Jahren kam er zu einem Schneider in seiner Vaterstadt in die Lehre und blieb 7 Jahre bei ihm. Seine Mutter war zu arm, um etwas auf seine Erziehung zu verwenden, und sein Leben lang war er nie in einer Schule, aber während er als Lehrling arbeitete, beschloß er, sich selbst zu unterrichten. Ein Gentleman aus Raleigh pflegte in die Werkstatt zu kommen und den Leuten während ihrer Arbeit vorzulesen. Er las vorzüglich, und sein Lieblingsbuch war eine Sammlung von Reden, meist Reden britischer Staatsmänner. Johnson fand Interesse daran, und vorerst erwachte in ihm der Ehrgeiz, es dem Vorleser gleich thun zu können und mit jenen Reden sich bekannt zu machen. Ohne Lehrer, nur mit Hilfe einiger Bünde von den Gefellen, lernte er das Alphabet, und bat dann den Gentleman, ihm das Buch zu leihen, aus dem er ihn so oft hatte lesen hören. Der Gentleman machte ihm mit dem Buch ein Geschenk und gab ihm eine kleine Anweisung über die Zusammenfügung der Wörter. Durch ausdauernde Uebung in seinen Feierstunden lernte er auf diese Art lesen. Wenn er 10 bis 12 Stunden täglich geschneidert hatte, widmete er 2 bis 3 Stunden in der Nacht den Büchern. Im Herbst des Jahres 1824, als seine Lehrjahre vorüber waren, ging er nach Laurens Court-House in Süd-Carolina, wo er bis zum Mai 1826 arbeitete. Im September desselben Jahres zog er mit seiner Mutter, die er zu ernähren hatte, nach dem Westen, und arbeitete in Greenville, in Tennessee. Dort heirathete er, und von seiner jungen Frau lernte er nun auch schreiben, rechnen und andere Elementargegenstände. Auch hier konnte er nur die Nacht seinen Studien widmen. Im Jahr 1828 trat er schon in's öffentliche Leben, indem er zum Alderman von Greenville erwählt wurde. Im Jahr 1829 und im Jahr 1830 wurde er wiedergewählt. In demselben Jahr machten ihn seine Mitbürger auch zum Mayor, eine Würde, die er 3 Jahre lang bekleidete. Im Jahr 1835 kam er in die Gesetzgebung und bekämpfte einen Verbesserungsplan, der beantragt worden war, indem er voraussetzte, daß das Projekt sich nicht rentirt, sondern dem Staat eine drückende Schuld aufbürden werde. Die Maßregel war jedoch ihrer Zeit populär, und in Folge seiner Opposition fiel er 1837 bei der Wahl durch. Im Jahr 1839 waren viele der vom ihm prophezeiten Uebel wahr geworden, und er wurde mit großer Majorität wiedergewählt. Im Jahr 1841 kam er in den Senat von Tennessee, und 1843 zum ersten Mal in den Kongreß, in welchem er bis 1853 blieb und in der Texas-, der Tariffrage und andern wichtigen Angelegenheiten eine thätige Rolle spielte. Im Jahr 1853 wurde er zum

Gouverneur von Tennessee gewählt, und 1855 wieder gewählt; 1857 wurde er Mitglied des Senats der Vereinigten Staaten.“

#### Nachschrift.

##### Telegramme.

**Berlin, 1. Mai.** (Sch. M.) Die österreichische Antwort verwirft die Berufung der Stände und die Veränderung des Wahlgesetzes vor Einsetzung des Souveräns. — Gerüchte über ein Kompromiß in der Kieler Hafensfrage sind im Umlauf. Die Verbündeten verhandeln über die Schaffung Rendsburgs zum preussischen Waffenplatz.

† **Wien, 1. Mai.** Die offiziöse „Generalkorresp.“ schreibt über die Verhandlungen in Betreff der Kieler Hafensfrage:

„Insofern die zeitweilige Stationirung preussischer Kriegsschiffe im Kieler Hafen bloß als Ausfluß des von den deutschen Großmächten während des Interims gemeinschaftlich zu übenden Besatzungsrechtes erscheint, ist die kais. Regierung bereit, die innerhalb jener Grenze sich bewegenden Wünsche Preußens zu erfüllen.“

Gewiß wird Preußen es als gerechtfertigt anerkennen, daß, wenn seine Seezeitstrafe in den Bereich der Herzogthümer gezogen worden, eine beträchtliche Verminderung des effektiven Bestandes seiner dortigen Landtruppen eintrete, welcher schon gegenwärtig das Bedürfnis des Friedensstandes weit übertrifft.

Anders verhält es sich mit dem Anspruch einer bleibenden maritimen Festsetzung Preußens in Kiel. Er bildet einen Theil jener preussischen Forderungen, welche in ihrer Gesamtheit von der kais. Regierung abgelehnt werden mußte, und wenn gleichzeitig Oesterreich der verbündeten Macht im Einzelnen der von ihr beanspruchten Punkte — darunter namentlich in dem auf Kiel bezüglichen — für den Fall einer bundesgemäßen Lösung der Souveränitätsfrage Zugeständnisse in Aussicht stellte, sofern sie sich mit der föderativverfassung in Einklang bringen lassen, so waren damit diese Zugeständnisse nicht schon in dem Sinn für Preußen erworben, daß nun deren praktische Verwerthung sofort selbständig in Angriff genommen werden konnte.

Wenn die kais. Regierung einer solchen stückweisen Verwirklichung jenes Programms preussischer Spezialvortheile während der Dauer des Provisoriums ihre Zustimmung vorzuenthalten zu sollen glaubt, so hat sie dazu um so triftigere Beweggründe, als auch den übrigen bei Entscheidung der Geschichte der Herzogthümer stimmberechtigten Faktoren der ihnen gebührende Einfluß auf die Lösung von Fragen zu wahren ist, welche so tief in die Lebensbedingungen des neuzubildenden Staates eingreifen.

Hierin liegt ein gewichtiges Motiv für Preußen, sich der endlichen Einsetzung einer definitiven Staatsgewalt in den Herzogthümern nicht länger zu widersetzen, da hierdurch die Erreichung des von Preußen Angestrebten bedingt ist, während nach den bereits erfolgten Äußerungen aller Theilnehmer, Oesterreich voran, kein Zweifel bestehen kann, daß bei selbstständiger Konstituierung des Landes jeder billige, mit den deutschen föderativverhältnissen irgend vereinbare Anspruch Preußens jede bereitwillige Berücksichtigung finden werde, welche den gemeinschaftlich mit Oesterreich gebrachten Opfern, sowie Deutschlands neuer Aufgabe und der geographischen Lage des großen norddeutschen Bundesstaates entspricht.“

† **Wien, 1. Mai.** Abgeordnetenhaus. Der Sektionschef v. Hoch motivirte heute in zweistündiger Rede den Handelsvertrag mit dem Zollverein. Der Vertrag sei so vorthellhaft, als ein zwischen zwei gleichmächtigen Staaten abgeschlossener Handelsvertrag überhaupt sein könne. Redner hebt die Nothwendigkeit und Wichtigkeit desselben hervor und empfiehlt dringend dessen Annahme. Der Vertrag wird den, für den neuen Zolltarif eingesetzten Ausschüssen zugewiesen.

**Turin, 30. Apr., Abends.** (W. L. V.) Die „Italie“ versichert, daß die Unterhandlungen mit Rom lediglich kirchliche Angelegenheiten betreffen, aber noch nicht zum Ziel geführt haben. Es sei unrichtig, daß die italienische Regierung bezüglich der Bedingungen der Wiedereinsetzung früherer und der Eidesleistung neuer Bischöfe Verpflichtungen eingegangen sei.

**Paris, 30. Apr.** (Sch. M.) Ein kais. Dekret überträgt der Kaiserin den Titel Regentin für die Dauer der Abwesenheit des Kaisers.

**Lyon, 30. Apr., Abends.** (W. L. V.) Es ist unrichtig, daß der Czar gestern hier durchgereist ist. Die kaiserliche Familie von Rußland ist erst heute Vormittag um 10 Uhr eingetroffen. Der Kaiser Napoleon hat den Czaren am Bahnhof begrüßt und ist um 11 Uhr nach Marseille gefahren.

**Marseille, 30. Apr., Abends.** (W. L. V.) Um 6 Uhr kam der Kaiser im kais. Wagen hier an, und durchfuhr die besagten Straßen ohne Eskorte. Er fand einen enthusiastischen Empfang. Morgen Vormittag um 9 Uhr wird derselbe wieder abreisen.

#### Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

|               | Baromet.  | Thermometer. | Wind. | Himmel.    | Witterung.         |
|---------------|-----------|--------------|-------|------------|--------------------|
| 29. April.    |           |              |       |            |                    |
| Morgens 7 Uhr | 27° 10,34 | + 8,7        | N.O.  | schw. bew. | Sonnensch., frisch |
| Mittags 2     | 9,30      | + 13,5       | „     | „          | „ tübler N.O.      |
| Nachts 9      | 9,23      | + 8,0        | „     | „          | „ heiter, kühl     |
| 30. April.    |           |              |       |            |                    |
| Morgens 7 Uhr | 27° 9,07  | + 5,5        | N.O.  | schw. bew. | Sonnensch., frisch |
| Mittags 2     | 9,30      | + 13,0       | „     | „          | „ tübler N.O.      |
| Nachts 9      | 9,73      | + 8,0        | „     | „          | „ heiter, kühl     |

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

#### Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 2. Mai. 2. Quartal. 61. Abonnementsvorstellung. **Ein Gut;** Lustspiel in 1 Akt, nach E. v. Girardin von Grandjean. Hierauf: **Der Valetot eines Diplomaten;** Lustspiel in 3 Akten, von Dr. v. Franck.

